

## **Pirmasens in der Finanzkrise: Kommunen kämpfen um Existenz!**

Immer mehr Kommunen, wie Pirmasens, geraten in Finanznot. Ursachen sind unzureichende Bundesmittel und Delegation von Aufgaben.

Pirmasens sieht sich mit einer gravierenden Finanzkrise konfrontiert, die Auswirkungen auf zahlreiche Kommunen in Deutschland hat. Laut einer aktuellen Pressemitteilung der Stadt sind die Probleme auf eine unzureichende finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder zurückzuführen. Diese geben den Städten und Landkreisen immer wieder neue Aufgaben, ohne die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Das Resultat ist eine Verschuldung, die den Kommunen den Handlungsspielraum nimmt, um in Infrastruktur, Schulen, Kitas und wichtige Bereiche wie den öffentlichen Nahverkehr oder umweltfreundliche Projekte zu investieren.

Bürgerinnen und Bürger erleben die Folgen dieser Notlage besonders hautnah. Das „Aktionsbündnis ‚Für die Würde unserer Städte‘“, dem auch Pirmasens angehört, verweist auf den Vertrauensverlust in die demokratischen Strukturen, wenn Kommunen ihrer Verantwortung nicht gerecht werden können. Die Wut über die Situation trifft insbesondere die Verantwortlichen vor Ort, die sich hilflos fühlen. Schließlich versickern vielerorts die Altschulden, während die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag eine Lösung in Aussicht stellte, die bislang ausbleibt.

### **Lösungsvorschläge des Aktionsbündnisses**

Das Aktionsbündnis fordert eine grundlegende Reform der Förderpolitik, die in Deutschland extrem kompliziert ist. Dies führt dazu, dass finanzschwache Kommunen nicht die Unterstützung erhalten, die sie dringend benötigen. Stellen Sie sich vor, die Gelder fließen nicht dort hin, wo sie am meisten gebraucht werden; stattdessen profitieren Gemeinden, die sich die Teilnahme an langwierigen Förderverfahren leisten können. Das Bündnis schlägt daher vor, einen speziellen Fonds für Infrastruktur- und Instandhaltungsmaßnahmen aufzulegen, um die klammen Kommunen aus der Patsche zu helfen.

Die momentane Situation wird zusätzlich durch Berichte bestärkt, dass das Bundesfinanzministerium keinen Vorschlag für eine Altschuldenlösung unterbreiten könne, da die notwendige grundgesetzändernde Mehrheit fehle. Dies geschieht in einer Zeit, in der bundesweit neue Liquiditätskredite in Höhe von etwa drei Milliarden Euro erforderlich sind. Laut Schätzungen könnte der Kreditzuwachs, ohne den positiven Effekt eines Entschuldungsprogramms in Rheinland-Pfalz, die neue Liquidität auf über 33 Milliarden Euro ansteigen lassen.

Im Aktionsbündnis haben sich laut Eigendarstellung 70 Kommunen aus acht Bundesländern zusammengeschlossen, die zusammen eine Bevölkerung von rund 8,7 Millionen Menschen repräsentieren. Mitglieder des Bündnisses sind unter anderem Bochum, Dortmund, Essen und selbstverständlich Pirmasens. In Anbetracht der vielen Herausforderungen verlangen die Sprecher des Bündnisses von der Bundesregierung konkrete Schritte, um die zunehmend desolante finanzielle Lage der Städte wirksam zu verbessern.

Der Bürgermeister von Pirmasens, Markus Zwick, ist einer der neun Sprecher, die im Aktionsbündnis zusammenarbeiten, um die Stimmen der betroffenen Kommunen zu bündeln. Die Situation wirft Fragen über die Verantwortung des Bundes und der Länder auf, die in diesem Kontext nicht als ausreichend wahrgenommen wird. Die anhaltenden Ungereimtheiten müssen

endlich adressiert werden, um die Stabilität der Städte zu sichern und das Vertrauen der Bürger in die staatlichen Institutionen zurückzugewinnen. Für eine detaillierte Betrachtung dieser komplexen Thematik verweisen wir auf die Berichterstattung von [www.wochenblatt-reporter.de](http://www.wochenblatt-reporter.de).

Details

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**